

Trotz Ehedefinition: BDP bekennt sich zu LGBT-Anliegen

Im Mai hat die BDP ein Vorstosspaket für mehr Gleichberechtigung eingereicht. Dabei hatte die Partei vor wenigen Monaten die CVP-Initiative unterstützt. Das sei eine «Interessensabwägung» gewesen, so Nationalrätin Rosmarie Quadranti zur Mannschaft.

Text: Greg Zwygart



«Die Abschaffung der Heiratsstrafe ist eben unsere erste
Priorität.»

Die BDP hat im Parlament ein Vorstosspaket für mehr Gleichstellung eingereicht. Dies teilte die Partei in einer Medienmitteilung am 5. Mai diversen Organisationen und Medien der LGBT-Szene mit. Szenekenner geniessen die Neuigkeiten jedoch mit einer Prise Salz, hatte sich die BDP im Dezember 2014 doch für die CVP-Initiative ausgesprochen, die eine traditionelle Ehedefinition in der Bundesverfassung vorschreibt (Mannschaft berichtete). Geht die BDP mit ihrem rosaroten Vorstosspaket nun auf Wählerfang?

Staatliche Unterstützung für Pink Cross?

In ihrer Medienmitteilung erläutert die BDP die drei Punkte ihres Vorstosspakets und informiert über die neue Gleichstellungsgruppe, die Anfangs März innerhalb der Partei gegründet worden sei. Die Partei mache «Nägel mit Köpfen», heisst es. Und: «Die BDP beweist damit, dass sie ihre Forderungen bezüglich einer diskriminierungsfreien Gesellschaft mit seriöser Grundlagenarbeit in den politischen Prozess einbringen will.»



Rosmarie Quadranti
BDP-Nationalrätin

In einem ersten Punkt fordert die BDP eine Aufhebung des Blutspendeverbots für schwule Männer, das seit 1977 besteht. Des weiteren will sie vom Bundesrat wissen, warum Hassverbrechen gegen LGBT-Menschen, auch «hate crimes» genannt, in den Polizeistatistiken nicht erfasst werden. Drittens stellt die BDP dem Bundesrat die Frage, weshalb Organisationen wie Pink Cross oder LOS nicht staatlich unterstützt werden und warum es keine staatliche Stelle gibt, die sich explizit der Thematik und den Rechten von Homosexuellen und Transmenschlichen widmet.

Unterstützung der CVP-Initiative ist «Interessensabwägung»

Das Vorstosspaket eingereicht haben die BDP-Nationalräte Rosmarie Quadranti und Martin Landolt. Erstere war eine von nur zwei BDP-Nationalräten, die sich im Dezember für den Gegenvorschlag zur CVP-Initiative aussprach, der sowohl die fragliche Ehedefinition, als auch die Gemeinschaftsbesteuerung ausliess. Die restlichen sieben BDP-Nationalräte haben für die CVP-Initiative gestimmt.

Ist die BDP gespalten was LGBT-Rechte angeht? Davon will Quadranti nichts wissen. Man habe lediglich «eine Interessensabwägung vorgenommen», sagt sie auf Anfrage der Mannschaft. Von der Abschaffung der Heiratsstrafe würden nämlich auch gleichgeschlechtliche Paare profitieren: «Die vor-

geschlagene Definition der Ehe in der Verfassung wird dies nicht verhindern können. Zudem gehen wir davon aus, dass diese Definition richtigerweise schon bald wieder überholt sein wird.» Bei den Gegnern der CVP-Initiative gehe es nicht um die Ehedefinition, sondern um Beibehaltung der Heiratsstrafe. «Die BDP will aber rasche Fortschritte und deshalb die Heiratsstrafe abschaffen», so Quadranti.

Die Nationalrätin weist darauf hin, dass die Partei in zahlreichen Gesprächen mit Schwulen und Lesben feststellen konnte, dass diese den Nutzen der Abschaffung der Heiratsstrafe begrüßen würden. Das Vorstosspaket sei mit verschiedenen Verbänden wie Pink Cross vorbesprochen worden. «Es geht dabei um sinnvolle Lösungen, weder um Imagegewinne noch um Imageverluste», sagt Quadranti.

Dass LGBT-Menschen der BDP wichtig sind, will sie im Rahmen der Zurich Pride beweisen. Die Partei wird einen Stand vor Ort haben und sogar am Umzug teilnehmen. Um das Engagement der BDP dreht sich auch die Ansprache von Rosmarie Quadranti, die als Rednerin auftreten wird: «Wir wollen nicht, dass der Gesetzgeber einzelne, individuell entschiedene Lebensformen bevorteilt oder benachteiligt. Und wir wollen zeigen, dass sich auch eine bürgerliche Partei für Gerechtigkeit und eine liberale Gesellschaft einsetzt.»

